



Hünenberg, 25. August 2009

Fraktionsbericht für die Kantonsratssitzung vom 27.8.2009

Viele Geschäfte wurden bereits an der letzten oder vorletzten Fraktionssitzung besprochen. Die Kommissionszuteilungen der Geschäfte sind unbestritten.

Der Antrag der beiden Baarer-KR zur 2. Lesung des WAG (Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen) wird von der Fraktion unterstützt auch wenn der Antrag auf einen einzigen Wahltag (Kantons- Regierungs- und Gemeinderat) bereits mehrmals gestellt wurde.

Die Traktanden 5 bis 7 sollten im Kantonsrat keine Diskussion auslösen und so genehmigt werden, wie sie in der 1. Lesung verabschiedet wurden.

Der Landerwerb für kant. Bauvorhaben in der Landwirtschaftszone wurde in der Fraktion kontrovers diskutiert. Selbstverständlich gönnen wir den Bauern für ihr Land eine höhere Entschädigung. Aber nur weil Zug genügend Geld hat, kann es nicht sein, dass wir hier eine weitere Finanzspirale lostreten. Die Rechtsungleichheit wird erhöht, da es dann unterschiedliches Landwirtschaftsland gibt. Je nach dem wer das Land kauft (Bund, Kanton, Gemeinde oder ein anderer Bauer) gelten unterschiedliche Preise. Die versprochene Beschleunigung von Bauvorhaben ist sehr ungewiss. Deshalb stellt die SP Fraktion den Antrag nicht auf diese Vorlage einzutreten.

Zum Traktandum 14 erkundigten sich verschiedene Fraktionsmitglieder bei Fachleuten über die Qualität der Lehrmittel für den Englisch-Unterricht. Der frühere Entscheid, diese Lehrmittel einzusetzen wurde mehrheitlich begrüsst und darauf hingewiesen, dass der Kanton damit eine zukunftsweisende Richtung eingeschlagen hat. Die Fraktion hat mühe, wenn der Kantonsrat über Lehrmittel in den Zuger Schulen diskutiert. Die SP ist klar der Meinung, dass diese Aufgabe vom Bildungsrat erledigt werden muss.

Mit dem Antrag (Traktandum 17) Überwachungskameras im öffentlichen Raum zu installieren prallen verschiedene Grundsätze aufeinander. Die Einschränkung der Bürger-Freiheit vs. Gewaltprävention sind die beiden Hauptpunkte, welche auch in der SP Fraktion ausführlich diskutiert wurden. Dabei darf aber diese beiden berechtigten Anliegen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Anwendung und Kontrolle allfälliger Videoüberwachungen müsste sehr restriktiv angewendet werden. Der Fraktion ist die Einschränkung der persönlichen Freiheit zu einschneidend. Die Präventive Wirkung von Videoüberwachungen wird in Frage gestellt. Als



alternative Lösung fordern wir mehr Präsenz von Polizei, Sicherheitsinterventionsteams, Jugendbeauftragten, Gassenarbeit, Fanarbeiter u.s.w.. Aus diesem Grund lehnt die SP die Erheblicherklärung dieser Motion ab.

Die SP unterstützt den Antrag des Regierungsrates, die Motion zur Verwendung der LSVA-Einnahmen, nicht erheblich zu erklären. Der MIV deckt die Kosten immer noch nicht, welche durch ihn verursacht wird.

Die SP Fraktion ist erfreut, dass der Regierungsrat dieses Anliegen (Traktandum 19) unterstützt und so Zugerinnen und Zuger welche im Ausland leben, eine Verbindung zum Kanton Zug ermöglichen.

Traktandum 21

Der Regierungsrat hat über längere Zeit die nötige Verantwortung und Kontrolle nicht wahrgenommen. Seit dem Eklat um den CEO des Kantonsspitals hat die Regierung aber die entsprechenden Schritte unternommen. Mit der Neubesetzung des Verwaltungsrates wurden die personellen Versäumnisse behoben. Mit den Postulatsantworten ist die SP einverstanden. Die SP erwartet nun aber, dass die Regierung und der Gesundheitsdirektor die eingeleiteten Schritte weiter führt und sich nicht auf den Lorbeeren ausruht.

Was ist ein gerechter Lohn? Die Antwort zum Traktandum 22 ist nachvollziehbar. Trotzdem ist die SP der Meinung, dass Löhne über einer Million Franken nicht zu rechtfertigen sind. 2'799 Franken pro Tag (inklusive Samstag und Sonntag) kann nicht mit Arbeit oder Verantwortung erklärt werden. Die ZKB muss nicht dem Markttrend folgen und ihrem Kader einfach höhere Löhne auszahlen, nur weil die Bank ein gutes Geschäftsergebnis erzielen konnte.